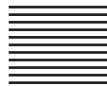


---

# I. Landtag

---







## Die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2004

**Landtagspräsident: Klaus Wanger**  
**Landtagssekretär: Josef Hilti**

*Gemäss Art. 62 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 hat die Regierung dem Landtag alljährlich einen Rechenschaftsbericht über die gesamte Staatsverwaltung zu erstatten. Anlässlich dieser Publikation wird, ähnlich wie in den Vorjahren, die Öffentlichkeit auch über die Tätigkeit des Landtags im Jahre 2004 informiert.*

### Personelles

Der Abgeordnete Adrian Hasler (FBP) trat am 1. April 2004 die Stelle des Amtsleiters der Landespolizei an. Aus diesem Grunde legte er sein Abgeordnetenmandat per 31. März 2004 nieder. An seine Stelle rückte der bisherige stellvertretende Abgeordnete Marco Ospelt aus Vaduz nach. Als neue stellvertretende Abgeordnete der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) für den Wahlkreis «Oberland» wurde Bettina Kaiser aus Balzers vom Landtag gewählt und vereidigt.

### Plenarsitzungen

Im Jahr 2004 tagte der Landtag während rund 197 Stunden, aufgeteilt auf 20 Sitzungstage, und beriet dabei über Gesetzesvorlagen, Finanzbeschlüsse, internationale Übereinkommen usw. Nach der Eröffnungssitzung am 12. Februar 2004 trat der Landtag zu 8 ordentlichen Arbeitssitzungen zusammen. 4 der ordentlichen Arbeitssitzungen nahmen jeweils 3 Tage in Anspruch, 3 Sitzungen dauerten 2 Tage und die April-Arbeitssitzung 1 Tag. An 7 von 20 Sitzungstagen debattierte das Plenum länger als 22.00 Uhr; der längste Sitzungstag (21. Oktober) dauerte rund 14 Stunden bis kurz vor 01.00 Uhr früh. Die durchschnittliche Dauer eines ordentlichen Sitzungstages betrug rund 10,3 Stunden.

Im Berichtsjahr wurden gesamthaft 165 Landtagsbeschlüsse ausgefertigt - gegenüber 135 im Vorjahr. Der Landtag beriet 34 Gesetzesvorlagen in 1. Lesung und 29 Gesetzesvorlagen wurden im Anschluss an die 2. Lesung im Rahmen der Schlussabstimmung verabschiedet. Im Laufe des Jahres behandelte der Landtag 19 Finanzbeschlüsse und erledigte 23 Wahlgeschäfte. Ausserdem wurden 16 Berichte (Hochbautenbericht, Bericht betreffend das Strassenbauprogramm, Bericht über die Justizpflege etc.) und diverse mündliche Informationen der Regierung (z.B. Grundsatzklärung zur nationalen Kommunikationspolitik im Bereich der Mobilfunktelefonie) vom Plenum zur Kenntnis genommen.

34-mal hatte sich der Landtag mit aussenpolitischen Vorlagen zu befassen, 27-mal wurde über periodische Standard-Traktanden, beispielsweise den Rechenschaftsbericht in der Juni-Sitzung und den Landesvoranschlag in der November-Sitzung, debattiert. Diese beiden Themenkreise - Mitwirkung an der Aussenpolitik und Finanzhoheit bzw. Kontrolle der gesamten Staatsverwaltung - gehören verfassungsgemäss zu den bedeutendsten Aufgaben des Parlaments überhaupt. Zum gleichen Zeitpunkt werden dem Landtag auch jeweils die Budgets und Rechenschaftsberichte der Landesinstitute und öffentlich-rechtlichen Anstalten zur Genehmigung oder Kenntnisnahme vorgelegt.

Im Gegensatz zum Vorjahr, als sich der Landtag noch mit 8 Einbürgerungsgesuchen zu befassen hatte, waren im Berichtsjahr keine Einbürgerungsgesuche zur Entscheidung anhängig.

Die Landtagsabgeordneten reichten im Jahre 2004 11 parlamentarische Eingänge - 2 Initiativen, 1 Motion, 3 Inter-

pellationen, 3 Postulate und 2 Petitionen - ein, wobei ein Postulat sowie eine Petition nicht die notwendige mehrheitliche Zustimmung des Plenums zur Überweisung an die Regierung erhielten. Zudem hatte der Landtag Nicht-eintreten auf eine der Initiativen beschlossen. Eine Petition wurde wegen mangelnden Antrages der Petitionäre vom Landtag lediglich im Sinne einer Information behandelt.

Der Landtag nahm ferner 4 Interpellationsbeantwortungen sowie den Vorprüfungsbericht der Regierung zu einer angemeldeten Volkinitiative zur Kenntnis, wobei er feststellte, dass die angemeldete Gesetzesinitiative mit der bestehenden Verfassung nicht im Einklang stand und er diese somit für nichtig erklärte. Die Beantwortung von parlamentarischen Eingängen, wie Postulate und Interpellationen, erfolgt gemäss Geschäftsordnung in schriftlicher Form.

Die Abgeordneten stellten im Berichtsjahr während den Landtagssitzungen 159 Kleine Anfragen an die Regierung. Wie in der Geschäftsordnung vorgesehen, wurden diese am Ende des 2. bzw. 3. Sitzungstages mündlich von der Regierung beantwortet.

Der Landtag hielt im Berichtsjahr 8 nicht-öffentliche Sitzungen ab. Die nicht-öffentliche Sitzung findet üblicherweise am ersten Tag der Landtagssitzung, vor Beginn der öffentlichen Nachmittagssitzung statt. In der nicht-öffentlichen Sitzung werden vornehmlich vertrauliche Themen beraten, beispielsweise Informationen über die aktuelle Situation des liechtensteinischen Finanzplatzes, Fragen in Zusammenhang mit der Organisation der Justiz oder des Landtages selbst oder dem Land anhängigen Rechtsverfahren (z.B. Amtshaftungsklagen).

Die Sitzungsperiode des Landtags wurde am 12. Februar 2004 eröffnet und dauerte bis zur formellen Schliessung am 17. Dezember 2004.

### Landesausschuss

Gemäss Verfassung besorgt der Landesausschuss die Geschäfte des Landtags und seiner Kommissionen während der Zeit zwischen der Schliessung und Wiedereröffnung des Landtags. Unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Klaus Wanger mit den Mitgliedern Ivo Klein, Helmut Konrad, Rudolf Lampert und Hugo Quaderer fand bis zur Eröffnung am 12. Februar 2004 nur 1 Sitzung statt.

### Landtagskommissionen

Landtagskommissionen tagen in nicht-öffentlicher Sitzung. Sie haben vor allem vorberatende Funktion und informieren das Plenum in der Regel schriftlich anhand von Sitzungsprotokollen oder Berichten.

### Aussenpolitische Kommission

Die Aussenpolitische Kommission tagte in 16 Arbeitssitzungen mit einer Dauer von rund 34.50 Stunden. Ihr gehörten Landtagspräsident Klaus Wanger (Vorsitz), die Abgeordneten Peter Wolff, Alois Beck, Ingrid Hassler-Gerner und Helmut Konrad als Mitglieder an.

Neben der Vorberatung der aussenpolitischen Traktanden des Landtags wurden unter anderem etliche Übereinkommen sowie Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses behandelt.

Als Standard-Traktanden wurden die Berichte der Regierung zur aussenpolitischen Lage, die Jahresberichte der einzelnen Landtags-Delegationen bei den internationalen Parlamentarier-Organisationen (Europarat, OSZE, IPU etc.) sowie die Berichte der EFTA und ESA in Behandlung gezogen.

Die Regierung informierte ausserdem regelmässig über den liechtensteinischen Finanzplatz, den Stand und die Entwicklungen im Bereich der EU-Zinsertragssteuer, die Bekämpfung der Geldwäscherei sowie über die Verhandlungen vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) betreffend die Klage Liechtenstein gegen Deutschland.

Am 22. und 23. Juni 2004 empfing die Aussenpolitische Kommission die Bundestagsabgeordneten Hans-Ulrich Klose und Dr. Andreas Schockenhoff in Begleitung von Gerd Tebbe, Regierungsdirektor des Sekretariats des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, zu einem Besuch in Liechtenstein. Nach einer Präsentation und Information zum Thema «Wirtschaftsstandort Liechtenstein» folgte ein Arbeitsgespräch, in welchem nebst der allgemeinen Feststellung des von den Gesprächsteilnehmern als gut bezeichneten zwischenstaatlichen Verhältnisses vor allem das Thema «Europäische Integration» und die Frage der Mitgliedschaft der Türkei in die Europäische Union (EU) näher erörtert wurden.

Am 19. Oktober 2004 nahm die Aussenpolitische Kommission am Gesprächstreffen der Regierung mit EU-Kommissar Günter Verheugen in Liechtenstein teil, wobei unter anderem über die generelle Entwicklung der EU sowie die Beziehungen Liechtensteins zur EU gesprochen wurde. Im Anschluss dieses Gesprächs hielt EU-Kommissar Günter Verheugen einen öffentlichen Vortrag zum Thema «Die Erweiterung der EU - frischer Wind in einer starken Gemeinschaft».

Vom 2. bis 4. November 2004 weilte die Aussenpolitische Kommission auf Einladung des österreichischen Nationalratspräsidenten Dr. Andreas Khol zu einem Besuch in Wien. Die Aussenpolitische Kommission traf sich anlässlich dieses Aufenthaltes zum Gespräch mit dem Nationalratspräsidenten, einem Parlamentarierkomitee des österreichischen Nationalrates sowie des österreichischen Bundesrates. Die am Gesprächstreffen angesprochenen Themen betrafen unter anderem die Erfahrungen Liechtensteins mit dem EWRA, das bilaterale Verhältnis Schweiz-Liechtenstein, insbesondere auch mit Blick eines allfälligen Beitritts der Schweiz zur EU, das Schengen-/Dublin-Abkommen, die Erfahrungen Österreichs mit der EU-Ost-Erweiterung.

Am 9. November 2004 fand der Besuch des schweizerischen Nationalratspräsidenten Max Binder in Begleitung von Nationalrätin Brigitta Gadiet in Liechtenstein statt. Es handelte sich hierbei um den ersten offiziellen Besuch eines amtierenden schweizerischen Nationalratspräsidenten in Liechtenstein. Liechtenstein wurde durch Landtagspräsident Klaus Wanger und Landtagsvizepräsident Peter Wolff an diesem Anlass vertreten. Im gemeinsamen Arbeitsgespräch wurde insbesondere die Idee bzw. das Ziel der Errichtung einer gemeinsamen schweizerisch-liechtensteinischen Parlamentarier-Freundschaftsgruppe diskutiert, wobei beide Seiten diese Errichtung, welche sie als ein wichtiges zwischenstaatliches Kontaktforum bezeichnen, grundsätzlich begrüsst. Weitere Gesprächsthemen betrafen die weitere Entwicklung und statutarische Ausgestaltung der Interparlamentarischen Union (IPU), das Schengen-/Dublin-Abkommen, die Zinsertragsbesteuerung und die Erfahrungen Liechtensteins mit dem EWRA.

### **Finanzkommission**

Im Jahre 2004 gehörten der Finanzkommission die Abgeordneten Johannes Kaiser (Vorsitz), Elmar Kindle, Ivo Klein, Erich Sprenger und Jürgen Zech (neu für Adrian Hasler) an. In rund 38 Stunden - aufgeteilt auf 19 Sitzungen - wurde über finanzrelevante Themen diskutiert.

Die Arbeit der Finanzkommission besteht insbesondere in der Behandlung und Prüfung des jährlichen Voranschlags des Staates, der Voranschläge der Anstalten öffentlichen Rechts sowie sonstiger öffentlich-rechtlicher Körperschaften, mit Ausnahme der Gemeinden. Des Weiteren hat die Finanzkommission sämtliche Vorlagen (Kredite, Bürgschaften, Subventionen etc.) auf ihre personellen und finanziellen Auswirkungen zu beraten und zu prüfen. Die Finanzkommission kann zudem vom Landtag ermächtigt werden, an seiner Stelle über die Zustimmung betreffend den Erwerb oder die Veräusserung von im Staatseigentum befindlichen Grundstücken, sofern es sich um Aktiven des Finanzvermögens handelt, zu entscheiden.

Erwähnenswerte Traktandenpunkte im Berichtsjahr waren unter anderem der Verpflichtungskredit für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein 1806 bis 2006», der Finanzbeschluss betreffend die finanzielle Beteiligung des Landes an den Weiterbildungsaktivitäten der Gewerbe- und Wirtschaftskammer, der Finanzbeschluss und Nachtragskredit betreffend die International School Rheintal sowie die Subventionierung der Erweiterung des Theaters am Kirchplatz in Schaan.

### **Geschäftsprüfungskommission**

Die Geschäftsprüfungskommission tagte im Berichtsjahr in 13 Sitzungen mit insgesamt 43,30 Stunden gegenüber 32,95 Stunden im vorangegangenen Jahr. Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission waren die Abgeordneten Walter Hartmann (Vorsitz), Helmut Bühler, Rudolf Lampert, Dorothee Laternser und Walter Vogt.

Laut Verfassung kommt der Geschäftsprüfungskommission die Aufgabe zu, für den Landtag das Recht der Kontrolle über die gesamte Staatsverwaltung auszuüben. Unterstützt wird die Geschäftsprüfungskommission in ihrer Arbeit durch die Finanzkontrolle.

Im Berichtsjahr befasste sich die Geschäftsprüfungskommission neben den alljährlich zu behandelnden Standardtraktanden insbesondere mit nachstehenden Geschäften: Finanzaufsicht, Stellenbesetzung bei der Finanzkontrolle, rechtliche Zuordnung der Finanzkontrolle, Vermögensbewirtschaftung und Pensionsversicherung.

Im Jahr 2004 stattete die Geschäftsprüfungskommission dem Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt sowie der Landespolizei einen Arbeitsbesuch ab. Die betreffenden Amtsvorstände stellten dabei die gemäss Gesetz auszuübenden Funktionen, Aufgaben sowie die internen Organisationsstrukturen vor. Diese Amtsbesuche gewähren der Geschäftsprüfungskommission umfassende Einblicke in die Geschäftstätigkeiten dieser Verwaltungsstellen. Ausserdem ermöglichen diese Besuche, spezifische Probleme bei den betreffenden Stellen näher zu erörtern.

### **Das Landtagsbüro**

Neben Landtagspräsident Klaus Wanger und Landtagsvizepräsident Peter Wolff gehörten die Fraktionssprecher Markus Büchel und Hugo Quaderer sowie der Landtagssekretär mit beratender Stimme dem Landtagsbüro an. Das Landtagsbüro trat zu 9 Sitzungen zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Festlegung der Tagesordnung der Landtagssitzungen. Daneben wurden z.B. auch Geschäfte wie die Ausschreibung bzw. Vergabe der Übertragungsarbeiten «Landtagssitzungen» über den Landeskanal oder das Aufgebot für die polizeiliche Sicherheit bei Landtagssitzungen in Behandlung gezogen.



### **EWR-Kommission**

Die EWR-Kommission überprüft die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses in Brüssel mit Blick darauf, ob sie gemäss Art. 8 Abs. 2 der Verfassung dem Landtag zur Behandlung und Entscheidung vorzulegen sind.

Die Mitglieder der EWR-Kommission, Landtagspräsident Klaus Wanger (Vorsitz), Landtagsvizepräsident Peter Wolff und die Abgeordnete Renate Wohlwend überprüften in 8 Sitzungen die Beschlüsse des Gemeinsamen EWR-Ausschusses bzw. EU-Richtlinien und -Verordnungen. Sie behandelten insgesamt 240 Rechtsakte und kamen in 24 Fällen zum Schluss, dass eine Zustimmung des Landtags im Sinne des Art. 8 Abs. 2 der Verfassung erforderlich ist.

### **Baukommission Landtagsgebäude**

In dieser Regierungskommission vertreten Landtagspräsident Klaus Wanger, die Abgeordneten Peter Wolff, Rudolf Lampert, Paul Vogt und Walter Vogt die Interessen des Landtags im Zusammenhang mit der Erstellung und nutzungsgemässen Ausgestaltung des Landtagsgebäudes.

Sie tagte im Jahre 2004 zweimal mit einer Sitzungsdauer von insgesamt 3,25 Stunden.

### **Ad-hoc-Kommission Finanzmarktaufsicht (FMA) zur Vorbereitung der Wahl des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht**

Klaus Wanger (Vorsitz), die Abgeordneten Peter Wolff, Alois Beck, Ivo Klein und Paul Vogt berieten an 3 Sitzungen zu insgesamt 3,25 Stunden die im Zusammenhang mit der Wahl des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht stehenden Fragen wie die Anforderungsprofile bezüglich der zur Wahl in Vorschlag zu bringenden Kandidaten, Vollamtlichkeit/Nebenamtlichkeit des Aufsichtsratsvorsitzenden, etc. Nach Abschluss ihrer Beratungen unterbreitete dann die Kommission dem Landtag einen Wahlvorschlag für den Aufsichtsrat der Finanzmarktaufsicht. Dieser wurde dann im Rahmen einer Wahl vom Landtag im Herbst 2004 bestätigt bzw. angenommen. Der Aufsichtsrat der Finanzmarktaufsicht wird per 1. Januar 2005 seine Funktion aufnehmen.

### **Parlamentarische Delegationen**

Der Landtag wählt seine Delegationen für die Parlamentarischen Versammlungen internationaler Organisationen oder für Parlamentarierorganisationen zu Beginn einer Mandatsperiode für 4 Jahre. Die Delegationen sind gemäss Geschäftsordnung angehalten, dem Landtag jährlich bis Ende April einen Tätigkeitsbericht, der im Plenum diskutiert wird, zu unterbreiten. Die Berichte sind öffentlich und geben Auskunft über die in den jeweiligen internationalen Gremien geführten Themendebatten. Die Berichte können bei der Regierungskanzlei oder beim Landtagssekretariat bezogen werden.

### **Parlamentarische Versammlung des Europarats**

Die Abgeordneten Renate Wohlwend (Delegationsleiterin), Christian Brunhart, Roland Büchel und Alexander Marxer vertraten Liechtenstein im Jahre 2004 bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Strassburg. Pro Jahr wenden sie rund 6 Wochen für die 4 Sessionssitzungen in Strassburg sowie Kommissionssitzungen an verschiedensten Orten im Ausland auf. Im Berichtsjahr wurden zusätzlich 2 Vorbereitungssitzungen der Delegation im Inland abgehalten.

Peter Schieder, Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, stattete am 27. September 2004 Liechtenstein einen Besuch ab. Der Besuch diente einem Gedanken- und Meinungsaustausch hinsichtlich der Festlegung der Modalitäten eines Dialogs zwischen Abgeordneten des Landtags und Vertretern der Parlamentarischen

Versammlung des Europarates nach den liechtensteinischen Landtagswahlen im März 2005. Im Rahmen dieses Besuches führte Präsident Peter Schieder gesonderte Gespräche mit Landtagspräsident Klaus Wanger, mit Delegationen aller drei im Landtag vertretenen Parteien sowie der liechtensteinischen Parlamentarier-Delegation beim Europarat.

### **EFTA- und EWR-Parlamentarierkomitees**

Im Berichtsjahr setzte sich die liechtensteinische Parlamentarier-Delegation bei den EFTA- und EWR-Parlamentarier-Komitees aus den Abgeordneten Jürgen Zech (Vorsitz) und Hugo Quaderer zusammen. Als ihre Stellvertreter amtierten Monica Bereiter-Amann und Peter Kranz. Die liechtensteinische Delegation nahm im Berichtsjahr an insgesamt 6 Treffen der beiden Parlamentarier-Komitees mit EFTA- und EWR-Relevanz teil. Die Treffen fanden in Brüssel, Vaduz, Montreux, Reykjavik und Genf statt. Im Berichtsjahr wurden vom Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschuss (EEA JPC) 4 Resolutionen sowie 1 Empfehlung verabschiedet.

Die liechtensteinische Delegation durfte vom 26. bis 27. April 2004 den Gemeinsamen Parlamentarischen EWR-Ausschuss (EEA JPC) zu einer Sitzung in Liechtenstein begrüssen. Dabei wurden folgende Themen behandelt: die Resolution «Jahresbericht 2003 über das Funktionieren des EWR-Abkommens», die Resolution «In Richtung teilnehmender Demokratie: Die Rolle der lokalen und regionalen Behörden in der EU und dem EWR» sowie die Empfehlung zu einem «EU-Verbot von CO-Gas in der Verpackung von Frischfleisch».

Der im Berichtsjahr erbrachte Zeitaufwand (Sitzungen, Seminare etc.) betrug rund 2 Wochen.

### **Die Parlamentarische Versammlung der OSZE**

Die Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE bestand im Berichtsjahr wiederum aus den Abgeordneten Renate Wohlwend (Vorsitz), Ingrid Hassler-Gerner und ihren Stellvertretern Hugo Quaderer sowie Christian Brunhart. In 2 Sitzungen zu insgesamt 2 1/2 Stunden wurden die internationalen Treffen vorbereitet bzw. aufgearbeitet sowie weitere OSZE-relevante Themen besprochen.

Nach der alljährlich stattfindenden Wintertagung der PV der OSZE in Wien vom 19./20. Februar 2004 fand vom 5. bis 9. Juli 2004 in Edinburgh (Schottland) die 13. Jahresversammlung mit der Hauptthematik «Zusammenarbeit und Partnerschaft bei der Bewältigung neuer Bedrohungen der Sicherheit» statt. An diesen beiden Sitzungen nahmen Renate Wohlwend und Ingrid Hassler-Gerner teil. Eine weitere Konferenz zum Thema «Menschenhandel» fand vom 29. September bis 1. Oktober 2004 in Rhodos (Griechenland) statt. An dieser Konferenz nahm Ingrid Hassler-Gerner teil.

### **Interparlamentarische Union (IPU)**

Der liechtensteinischen Delegation bei der Interparlamentarischen Union gehörten als Mitglieder Landtagspräsident Klaus Wanger (Delegationsleiter) und die Abgeordneten Peter Wolff, Dorothee Laternser und Rudolf Lampert an.

An der vom 17. bis 23. April 2004 in Mexico City stattgefundenen 110. Konferenz der IPU nahmen Landtagspräsident Klaus Wanger (Delegationsleiter), die Abgeordneten Rudolf Lampert und Dorothee Laternser teil.

Das Thema «Versöhnung und Partnerschaft» stand dabei im Fokus der Konferenz. Die mehr als 1200 teilnehmenden Parlamentarier aus aller Welt einigten sich im Rahmen ihrer Debatten auf die Übernahme folgender Resolutionen:

- Förderung internationaler Versöhnung mit dem Ziel, Stabilität in Konfliktregionen zu bringen und beim Wiederaufbau zu helfen.
- Nachhaltige Entwicklung der Finanzen und des Handels mit dem Titel «Arbeit für ein gerechtes Umfeld für internationalen Handel: In der Frage des Handels mit landwirtschaftlichen Produkten und des Zugangs zu medizinischer Grundversorgung».
- Förderung parlamentarischer Demokratie zum Schutz der Menschenrechte und zur Förderung der Versöhnung zwischen Völkern und Nationen.  
Im Laufe der Konferenz fanden zudem diverse Sitzungen in den Fachausschüssen und Arbeitsgruppen statt. Der Delegation boten sich einmal mehr viele Kontakte zum Dialog mit Mitgliedern anderer Länderdelegationen.  
Die 111. Konferenz der IPU (Sitzung des Interparlamentarischen Rates) tagte vom 28. September bis 1. Oktober 2004 in Genf.  
An diesem Treffen waren Landtagspräsident Klaus Wanger (Delegationsleiter), die Abgeordneten Peter Wolff sowie Rudolf Lampert vertreten.  
Traktanden dieser Sitzung waren im Besonderen:
- Fragen betreffend die Mitgliedschaft in der IPU – Aufnahmeansuchen im Sinne einer assoziierten Mitgliedschaft der Parlamentarischen Wirtschaftsunion der Westafrikanischen Staatengemeinschaft (ECOWAS Parlament) sowie der Ostafrikanischen Legislativ-Versammlung in die IPU.
- Die finanzielle Situation der IPU per 30. Juni 2004.
- Programmwurf und Budget der IPU per 2005.
- Diverse Berichte über im laufenden Jahr stattgefundenen Spezialsitzungen und Zusatzkonferenzen der IPU.
- Vorbesprechung der 112. IPU-Konferenz in Manila, Philippinen.

### Parlamentarier-Kommission Bodensee

Die Parlamentarier-Kommission Bodensee ist ein Forum mit der Aufgabe und dem Ziel, in einem zweimal jährlich durchgeführten Informations- und Meinungsaustausch grenzüberschreitende Probleme zu erörtern, gemeinsame Lösungen anzustreben und sich über ihre Mitglieder in den Parlamenten für die Umsetzung einzusetzen. Dabei treffen sich jeweils Parlamentarier aus Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Appenzell, Schaffhausen, Thurgau, Zürich und Liechtenstein (vertreten durch Landtagspräsident Klaus Wanger und Landtagsvizepräsident Peter Wolff).

Die 21. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee fand am 26. März 2004 im Kantonsratssaal in St. Gallen statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen vorab verkehrspolitische Themen (z.B. Anschluss von Bayern an die Neat, verkehrspolitische Prioritäten der Bodensee-IHK's etc.).

Auf Schloss Wartegg, Rorschacherberg, wurde am 29. Oktober 2004 die 22. Sitzung der Parlamentarier-Kommission Bodensee durchgeführt. Neben traditionellen Standard-Traktanden standen die Themen «Aspekte der grenzüberschreitenden Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen», «Zukunftsperspektiven des Airports St.Gallen-Altenrhein» und «Die Wirtschaftsregion Bodensee – dabei oder dazwischen: Wirkkräfte im Standortpuzzle» im Fokus des Interesses.

### Landtagssekretariat

Das Landtagssekretariat, der eigentliche Parlamentsdienst in Liechtenstein, gibt es seit 1990. Es besteht aus dem Landtagssekretär, seiner Stellvertreterin, zwei Vollzeit- und zwei Teilzeitangestellten.

Gemäss Geschäftsordnung des Landtages liegt der Aufgabenbereich des Landtagssekretariates unter anderem in der Unterstützung des Präsidenten, der Abgeordneten und Kommissionen sowie Delegationen des Landtags. Die vom Landtagssekretariat wahrzunehmenden Arbeiten und Aufgaben sind im Laufe der Zeit mit der allgemeinen Aufgabenerweiterung des Parlaments (starke Zunahme internationaler Agenden etc.) stark gewachsen.

Seit zwei Jahren verfügt der liechtensteinische Landtag über eine Homepage ([www.landtag.li](http://www.landtag.li)), die rege genutzt wird. Der interessierte Leser findet nebst den Protokollen der Plenumsitzungen, Informationen über die Institution Landtag (Organisation, aktuelle Traktandenliste, Sitzungsdaten, Kommissionen, Delegationen, Geschichte, Fotos etc.), die Abgeordneten, das Landtagssekretariat, bis hin zu den Architekturplänen für das neue Landtagsgebäude.

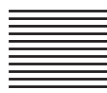
## Überblick über die Landtagsbeschlüsse im Jahre 2004

### Eröffnungssitzung des Landtages vom 12. Februar 2004

- Thronrede S.D. Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein  
Seine Durchlaucht Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein eröffnet die Landtagssession 2004 und richtet die Thronrede an die Landtagsabgeordneten.
- Ansprache des Alterspräsidenten Klaus Wanger
- Wahl des Landtagspräsidenten  
Abg. Klaus Wanger, 9494 Schaan
- Wahl des Landtagsvizepräsidenten  
Abg. Peter Wolff, 9494 Schaan
- Wahl der Schriftführer  
Abg. Wendelin Lampert, 9497 Triesenberg  
Abg. Alexander Marxer, 9486 Schaanwald
- Wahl der Aussenpolitischen Kommission (APK)  
Landtagspräsident Klaus Wanger, 9494 Schaan, Vorsitzender  
Landtagspräsident Peter Wolff, 9494 Schaan  
Abg. Alois Beck, 9494 Schaan  
Abg. Ingrid Hassler-Gerner, 9492 Eschen  
Abg. Helmut Konrad, 9494 Schaan
- Wahl der Finanzkommission (FKO)  
Abg. Johannes Kaiser, 9493 Mauren, Vorsitzender  
Abg. Elmar Kindle, 9495 Triesen  
Abg. Ivo Klein, 9493 Mauren  
Abg. Erich Sprenger, 9497 Triesenberg  
Abg. Jürgen Zech, 9485 Nendeln
- Wahl der Geschäftsprüfungskommission (GPK)  
Abg. Walter Hartmann, 9490 Vaduz, Vorsitzender  
Abg. Helmut Bühler, 9487 Gamprin  
Abg. Rudolf Lampert, 9493 Mauren  
Abg. Dorothee Laternser, 9495 Triesen  
Abg. Walter Vogt, 9496 Balzers

### Öffentliche Landtagssitzung vom 10./11. März 2004

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 10./11. März 2004
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 26./27./28. November 2003  
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 17./18. Dezember 2003  
Das Protokoll wird genehmigt.
- Genehmigung des Protokolls der Eröffnungssitzung vom 12. Februar 2004  
Das Protokoll wird genehmigt.



- Interpellation betreffend die betriebliche Personalvorsorge in Liechtenstein vom 17. Dezember 2003  
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
- Interpellationsbeantwortung betreffend Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Liechtenstein (Nr. 14/2004)  
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Petition betreffend «Erklärung des Landtages» vom 12. Februar 2004  
Die Petition wird nicht an die Regierung überwiesen.  
Der anlässlich dieses Landtags aufgebrachten Erklärung zur Situation im Zusammenhang mit der Verfassungsrevision wird zugestimmt.
- Anfragen des Abg. Hugo Quaderer
  - Alkohol an Jugendliche
  - Weihnachtsbaumaktion nach Wien
- Anfragen der Abg. Dorothee Laternser
  - NBU-Abzüge
  - NBU-Merkblatt
- Anfragen des Abg. Peter Sprenger
  - Zinsertragsbesteuerung
  - Inseratenkampagne der Regierung
- Anfragen der Abg. Ingrid Hassler-Gerner
  - Opferhilfegesetz
  - Prämien für Taggeldversicherungen
- Anfrage des Abg. Erich Sprenger
  - Landespolizei, Tag der Offenen Tür
- Anfragen des Abg. Walter Vogt
  - HPZ, Einsparungen
  - Verkehrsmittel, alternative
- Anfrage des Abg. Alois Beck
  - Behinderten-Gleichstellungsgesetz
- Anfragen des Abg. Peter Lampert
  - Ernährungslehre in den Schulen
  - Lärmmessung und Lärmschutz
  - Aufzeichnung von Telefonaten
  - verschiedenen Sprachen bei der Theoriefahrprüfung
- Anfrage des Abg. Alexander Marxer
  - Landespolizei, Kontrollen
- Anfragen des Abg. Ivo Klein
  - Gutachten «Zukunft Finanzplatz Liechtenstein»
  - Stiftungsrecht
  - Haager Übereinkommen betreffend Trusts
  - Beruf des Vermögensverwalters
  - Telefonie
  - Radio L
  - Pensionskasse
- Anfragen des Abg. Paul Vogt
  - Landtagsgebäude, Baustopp
  - Parkplätze bei öffentlichen Gebäuden
  - Doppelbesteuerungsabkommen
  - Praktikanten in der Landesverwaltung
- Wahl der Vertreter des Landtags ins Richterausschussgremium  
Es werden die Abgeordneten Markus Büchel, Peter Sprenger und Paul Vogt in das Richterausschussgremium bestellt.
- Bestellung der Medienkommission  
Präsident: Ing. HTL Michael Biedermann,  
Auf Berg 455, 9493 Mauren (bisher)  
Vizepräsident: Daniel Quaderer,  
In der Fina 20a, 9494 Schaan (bisher)  
Mitglieder: Joachim Batliner,  
Leuengasse 7, CH-4057 Basel (neu)  
Michaela Braun,  
Zollikerstr. 148, CH-8008 Zürich (bisher)  
Dr.rer.publ. Erich Niederer,  
Sonnenbergweg 308,  
CH-9053 Teufen AR (bisher)

Marcel Ritter, Peter-Kaiserstr. 219,  
9493 Mauren (neu)  
Thomas Ritter,  
Fürst-Franz-Josef Strasse 356,  
9493 Mauren (bisher)

- Übereinkommen über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Erweiterungsabkommen) vom 14. Oktober 2003 (Nr. 2/2004)
- Dem Übereinkommen über die Beteiligung der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR-Erweiterungsabkommen) vom 14. Oktober 2003 mit den Anhängen A und B,
- der Schlussakte vom 14. Oktober 2003 zum EWR-Erweiterungsabkommen und
- dem Finanzbeschluss betreffend den Anteil Liechtensteins am EWR-Finanzmechanismus für die Jahre 2004 bis 2009 im Gesamtbetrag von 4,5 Mio. Euro (CHF 7,2 Mio.) wird zugestimmt.

- Nachtragskredite VII/2003 (Nr. 12/2004)  
Die nachstehenden Kreditüberschreitungen werden genehmigt und der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt:

<i>Konto-Nr.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>CHF</i>
012.300.04	Historiker-/Expertenkommission	
	2. Weltkrieg	17 000
020.319.01	Amtshaftungen	35 000
040.367.00	Internat. Bodenseekonferenz	50 000
100.318.02	Kosten amtlicher Liquidatoren	20 000
120.308.00	Kollegialgerichte	550 000
210.302.00	Gehälter Lehrpersonen (Oberschule Vaduz)	18 000
215.302.00	Gehälter Lehrpersonen (Gymnasium u. Realschule Vaduz)	130 000
240.367.00	Beiträge an Seminarien	105 000
260.364.01	Fachhochschule Liechtenstein	961 000
260.367.03	Beiträge an Fachhochschulen	110 000
460.318.02	Schulzahnärztlicher Dienst	40 000
490.365.01	Landesweite Notrufnummer 144	21 000
530.366.00	Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	388 000
600.314.06	Winterdienst	80 000
684.318.03	Experten, Gutachten, Drittleistungen (Amt für Kommunikation)	31 000
805.365.00	Milchwirtschaft	60 000

- Nachtragskredite I/2004 (Nr. 13/2004)  
Der nachstehende Nachtragskredit und die Kreditüberschreitung werden genehmigt und der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt:

<i>Nachtragskredit</i>		
<i>Konto-Nr.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>CHF</i>
540.365.00	Jugendpflege	13 000
<i>Kreditüberschreitung</i>		
520.365.00	Krankenkassen	3 000 000

- Bericht der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates über die Session 2003  
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Gesetzes über die Betäubungsmittel und die psychotropen Stoffe (BMG), (Nr. 11/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über das liechtensteinische Postwesen (Nr. 114/2003), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.

- Übereinkommen von Tampere über die Bereitstellung von Telekommunikationsmitteln für Katastrophenschutz und Katastrophenhilfeinsätze vom 18. Juni 1998 (Nr. 1/2004)  
Dem Übereinkommen wird die Zustimmung erteilt.
- Übereinkommen vom 28. Januar 1981 zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten (Nr. 3/2004)  
Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Kenntnisaufnahme der Anlagen I und II zum Zollvertrag (RA 2004/219-0102)  
Die bereinigten Anlagen I und II (Stand 31.12.2003) werden zur Kenntnis genommen.
- Beschluss Nr. 160/2003 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Bekämpfung von Umgebungslärm), (Nr. 5/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 176/2003 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Übernahme der Richtlinie 2003/51/EG betreffend Jahresabschluss), (Nr. 7/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 154/2003 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses – Verordnung (EG) 2560/2001 über grenzüberschreitende Zahlungen in Euro (Nr. 154/2003)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Gesetz über die Neuausrichtung der Milchmarktordnung und die Vorwärtsintegration der Milchwirtschaft (Nr. 4/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des ABGB, des ADHGB, des UWG sowie die Aufhebung des Zins- und Wuchergesetzes (Umsetzung der Richtlinie 2000/35/EG vom 29. Juni 2000 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr), (Nr. 6/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Gesetz über die Finanzmarktaufsicht sowie zur Abänderung der Landesverfassung und der entsprechenden Spezialgesetze (Nr. 9/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz (Fernabsatzgesetz; FAG - Umsetzung der Richtlinie 97/7/EG), (Nr. 10/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Verabschiedung des Abgeordneten Adrian Hasler
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

### Öffentliche Landtagssitzung vom 14. April 2004

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 14. April 2004
- Anfragen des Abg. Ivo Klein
  - Parkplatzbewirtschaftung
  - Elektrofahrräder und Scooter
- Anfragen des Abg. Peter Sprenger
  - FL-Vertretung in Venedig-Kommission
  - Gleichbehandlung der Medien
  - Pressemitteilung der Regierung
- Anfrage des Abg. Marco Ospelt
  - Taggeldversicherung
- Anfragen des Abg. Paul Vogt
  - Ausschreibungen
  - Tibetsammlung
  - Publikationen des Landes
  - Jugendgesetz
- Anfragen der Abg. Dorothee Laternser
  - Aufenthaltsbewilligung für Lebenspartner
  - Grenzübergang Ruggell
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert
  - Sicherheitsfonds im Pensionskassenbereich
- Erklärung gemäss Art. 63 Abs. 2 und Art. 60 Abs. 2 Volksrechtsgesetz aufgrund des Rücktritts des Abgeordneten

Adrian Hasler

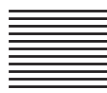
Der stellvertretende Abgeordnete Marco Ospelt, 9490 Vaduz, wird zum ordentlichen Abgeordneten ernannt.

- Ergebnis der Volksabstimmung vom 2./4. April 2004 über das Referendumsbegehren betreffend die Abänderung des Gesetzes über die obligatorische Unfallversicherung (Nr. 22/2004)  
Der Bericht der Regierung wird zur Kenntnis genommen.
- Ergebnis der Volksabstimmung vom 2./4. April 2004 über das Referendumsbegehren betreffend Verpflichtungskredit für die Erweiterung des Polizeigebäudes mit Untersuchungsgefängnis, des Ausländer- und Passamtes und des zugehörigen Parkhauses in Vaduz (Nr. 23/2004)  
Der Bericht der Regierung wird zur Kenntnis genommen.
- Interpellationsbeantwortung betreffend die betriebliche Personalvorsorge in Liechtenstein (Nr. 20/2004)  
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
- Postulat zur Schaffung einer Kommission für Integrationsfragen und einer Stelle für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern vom 22. März 2004  
Das Postulat wird zur Prüfung an die Regierung überwiesen.
- Wahl der Regelungskommission  
Für die Mandatsperiode 2004 bis 2008 werden bestellt:  
Präsident: Landrichter Dr. Walter Kert, A-6804 Altenstadt (bisher)  
Vizepräsident: Landrichter Dr. Lothar Hagen, Forststrasse 77, A-6890 Lustenau (bisher)  
Mitglieder: Hansjakob Falk, Fürst-Johannes-Strasse 31, 9494 Schaan (bisher)  
Dr. Kuno Frick jun., Taleze 13, 9496 Balzers (bisher Ersatzmitglied)  
Ingrid Kaufmann-Sele, Bahnstrasse 61a, 9494 Schaan (bisher)  
Franz Marxer, Neudorfstrasse 611, 9493 Mauren (bisher)  
Ersatzmitglieder: Marianne Heeb-Kaiser, Saxweg 11a, 9495 Triesen (neu)  
Eric Marxer, St.-Markus-Gasse 2, 9490 Vaduz (bisher)
- Bewilligung von Nachtragskrediten (VIII/2003), (Nr. 21/2004)  
Die nachstehenden Kreditüberschreitungen werden genehmigt und der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt:

Konto-Nr.	Bezeichnung	CHF
030.307.03	Frühzeitige Pensionierungen	233 000
043.301.01	Gehälter Stabsstelle	
	Finanzen / Finanzkontrolle	42 000
120.318.01	Zeugengebühren	27 000
120.318.05	Verfahrenshilfe in Strafsachen	130 000
160.506.01	Einrichtung Schutzräume des Landes	22 000
340.365.07	Defizit Fussball-Länderspiel Liechtenstein-England	28 000
400.363.00	Staatsbeitrag Liechtensteinisches Landesspital	179 000
400.367.01	Beiträge an ausländische Spitäler	779 000
470.318.04	Seuchenbekämpfung	25 000
490.318.01	Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention	32 000
520.366.00	Prämienverbilligung für Einkommensschwache	185 000
589.366.04	Unterhaltsvorschüsse	16 000
590.318.01	Betreuung Flüchtlingszentrum	37 000

- Abänderung des Gesetzes über die Verkehrsfähigkeit von Waren (Richtlinie 2001/95/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Dezember 2001 über die allgemeine Produktsicherheit), (Nr. 19/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.





- Abänderung des Gesetzes über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz (Fernabsatzgesetz; FAG - Umsetzung der Richtlinie 97/7/EG), (Nr. 10/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Änderung vom 21. Dezember 2001 zu Art. 1 des Übereinkommens vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermässige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (Nr. 15/2004)  
Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt.
- Gesetz betreffend die Abänderung der Strafprozessordnung (Opferschutz), (Nr. 16/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechtes (PGR) und des Steuergesetzes (Nr. 17/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Neufassung des Stipendiengesetzes (Nr. 18/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Bestellung von drei Ad-hoc-Richtern für den Beschwerdefall StGH 2003/38  
Gewählt werden:  
Lic.iur. et rer.pol. Pius Heeb, Rechtsanwalt, Lova Center, 9490 Vaduz  
Lic.iur. HSG LL.M. Siegbert Lampert, Rechtsanwalt, Landstrasse 104, 9490 Vaduz  
Lic.iur. LL.M. Peter Kaiser, Rechtsanwalt, Egerta 53, 9496 Balzers.
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters für den Beschwerdefall StGH 2003/71  
Gewählt wird lic.iur. HSG M.B.L.-HSG Nicole Kaiser, Rechtsanwältin, Altenbach 8, 9490 Vaduz.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

#### Öffentliche Landtagssitzung vom 12./13. Mai 2004

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 12./13. Mai 2004
- Erklärung gemäss Art. 63 Abs. 2 i.V. mit Art. 60 Abs. 2 Volksrechtgesetz betreffend Wahl und Vereidigung von Frau Bettina Kaiser zur stellvertretenden Landtagsabgeordneten.  
Frau Bettina Kaiser, 9496 Balzers, wird als stellvertretende Abgeordnete für gewählt erklärt und vereidigt.
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 10./11. März 2004  
Das Protokoll wird genehmigt.
- Wahl des rechtskundigen Ersatzrichters des 1. Senates des Obergerichtes  
Gewählt wird Dr. Lothar Hagen, Forststrasse 77, 6890 Lustenau
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters für den Beschwerdefall StGH 2003/49  
Gewählt wird lic.iur. M.B.L.-HSG Christian Ritter, Rechtsanwalt, 9490 Vaduz
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters für den Beschwerdefall StGH 2003/60  
Gewählt wird Dr.iur. Michael Ritter, Rechtsanwalt, 9490 Vaduz
- Bestellung von zwei Ad-hoc-Richtern für den Beschwerdefall StGH 2003/81  
Gewählt werden Dr. Norbert Seeger, Rechtsanwalt, 9490 Vaduz, und Dr. Ursula Wachter, Rechtsanwältin, 9490 Vaduz
- Nachtragskredite (II/2004), (Nr. 35/2004)  
Folgende Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt und der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt:

Konto Nr.	Bezeichnung	CHF
020.301.01	Gehälter (Allgemeine Verwaltung)	500 000

- |                               |  |           |
|-------------------------------|--|-----------|
| 020.303.01                    | Sozialbeiträge<br>(Allgemeine Verwaltung)            | 94 000    |
| 295.314.00                    | Unterhalt Schulgebäude                               | 300 000   |
| 400.363.00                    | Staatsbeitrag an<br>Liechtensteinisches Landesspital | 34 000    |
| 520.318.01                    | KVG-Versichertenkarte                                | 280 000   |
| <i>Kreditüberschreitungen</i> |  |           |
| 100.318.02                    | Kosten amtlicher Liquidatoren<br>und Kuratoren       | 200 000   |
| 534.365.00                    | Staatsbeitrag<br>Nichtberufsunfallversicherung       | 7 000 000 |
- Jahresbericht der liechtensteinischen Delegation für das Parlamentarierkomitee der EFTA-Länder, das Parlamentarierkomitee der EFTA/EWR-Staaten (MPS) und das Gemeinsame EWR-Parlamentarierkomitee (JPC) für den Zeitraum 1.1.2003 bis 31.12.2003  
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
  - Bestand und Bedarf an Stellen an den liechtensteinischen Schulen (Stellenplan 2004/2005) (Nr. 32/2004)  
Der Bericht der Regierung wird zur Kenntnis genommen und, gestützt auf Art. 7 des Lehrerdienstgesetzes, LGBl. 2004 Nr. 4, die Übernahme der Stellen für die Kindergärtnerinnen von den Gemeinden und die Schaffung bzw. Auflösung der folgenden insgesamt 62,58 ständigen Stellen bewilligt:
    - a) Kindergarten: keine Schaffung von neuen ständigen Stellen, jedoch Übernahme von 58,44 Stellen von den liechtensteinischen Gemeinden in den Stellenplan
    - b) Primarschulen: Schaffung von 29,22 ständigen Stellen
    - c) Oberschulen: Schaffung von 10,96 ständigen Stellen
    - d) Realschulen: Schaffung von 7,84 ständigen Stellen
    - e) Gymnasium: Schaffung von 12,28 ständigen Stellen
    - f) Freiwilliges 10. Schuljahr: Schaffung von 2,86 ständigen Stellen
    - g) Berufsmittelschule: Auflösung von 0,18 ständigen Stellen
    - h) Intensivkurs Deutsch als Zweitsprache: Auflösung von 0,40 ständigen Stellen
  - Ausrichtung von ausserordentlichen Medienförderungsbeiträgen für die Jahre 2000, 2001 und 2003 (Nr. 27/2004)  
Die Ausrichtung von ausserordentlichen Medienförderungsbeiträgen wird abgelehnt.
  - Gesetz über die Neuausrichtung der Milchmarktordnung und die Vorwärtsintegration der Milchwirtschaft (Nr. 36/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet. Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
  - Abänderung des ABGB, des ADHGB, des UWG sowie die Aufhebung des Zins- und Wuchergesetzes (Umsetzung der Richtlinie 2000/35/EG vom 29. Juni 2000 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr), (Nr. 28/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
  - Anfragen des Abg. Hugo Quaderer
    - Schülerbeurteilung an der Primarschule
    - Sicherheits- und Sozialpolitik
    - Alkoholgrenzwert
  - Anfragen des Abg. Walter Vogt
    - Postwesen, Verselbstständigung
    - Arbeitsbewilligungen im Gastgewerbe
  - Anfragen des Abg. Walter Hartmann
    - Gewalt an den Schulen
    - Hausarztmodell
  - Anfrage des Abg. Rudolf Lampert
    - Verkehrssituation Kreuzung Flux-Essanestrasse
  - Anfragen des Abg. Peter Sprenger
    - Nachhaltige Verkehrsabwicklung
    - Neues öffentliches Verkehrsmittel
    - Expertenrat der Regierung

---

## Landtag

---

- Anfragen des Abg. Alexander Marxer
  - Sicherheit Kinderspielplätze
  - LKW-Abfertigung
- Anfrage des Abg. Wendelin Lampert
  - Einsparungen im Krankenversicherungsbereich
- Anfrage des Abg. Ivo Klein
  - Landesrechnung Eckwerte
- Anfragen des Abg. Paul Vogt
  - Elektronisches Zivilstandsregister
  - Mitarbeiterportal der liechtensteinischen Landesverwaltung
  - Preis der neuen Verfassung
  - Machbarkeitsstudie «Neues Verkehrsmittel und Entwicklungsstudie Tunnelumfahrungen»
- Anfrage des Abg. Jürgen Zech
  - Verkehr Engelkreuzung, Nendeln
- Abänderung des Personen- und Gesellschaftsrechtes (PGR) und des Steuergesetzes (Nr. 33/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Gesetz über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen (Stipendiengesetz; StipG), (Nr. 38/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Rotterdamer Übereinkommen vom 10. September 1998 über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel (PIC-Konvention), (Nr. 25/2004)  
Dem Übereinkommen wird die Zustimmung erteilt.
- Beschlüsse Nr. 12/2004 und Nr. 13/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EG) Nr. 91/2003 vom 16. Dezember 2002 über die Statistik des Eisenbahnverkehrs sowie Verordnung (EG) Nr. 1192/2003 vom 3. Juli 2003 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 91/2003 über die Statistik des Eisenbahnverkehrs) und die Änderung des Statistikgesetzes (Nr. 30/2004), 1. und 2. Lesung  
Den Beschlüssen wird die Zustimmung erteilt und die Änderung des Statistikgesetzes in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Neuregelung des Hochschulwesens (Hochschulgesetz; HSG) und die Abänderung des Beschwerdekommissionsgesetzes, (Nr. 26/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Datenschutzgesetzes (Nr. 29/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues und Abänderung des Beschwerdekommissionsgesetzes (Nr. 34/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Wahl einer Landtagskommission zur Vorbereitung der Wahl des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht (Art. 55 der Geschäftsordnung des Landtags)  
Gewählt werden:  
Landtagspräsident Klaus Wanger  
Landtagsvizepräsident Peter Wolff  
Abg. Alois Beck  
Abg. Ivo Klein  
Abg. Paul Vogt
- Information der Regierung über das neue Verkehrsmittel und über die Entwicklungsstudie Tunnelumfahrung  
Die Information wird zur Kenntnis genommen.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtags-sitzung vom 14. April 2004  
Das Protokoll wird genehmigt.
- Postulat vom 29. April 2004 betreffend die Einführung eines Verhaltenscodexes zur Gewährleistung von Mindestlöhnen  
Das Postulat wird an die Regierung überwiesen.
- Postulat vom 24. Mai 2004 zur Schaffung eines Gesetzes über eine Ombudsstelle  
Das Postulat wird nicht an die Regierung überwiesen.
- Initiative vom 14. Mai 2004 zur Abänderung des Volksrechtsgesetzes  
Es wird Nichteintreten auf die Initiative beschlossen.
- Anfrage des Abg. Peter Sprenger
  - Gas-Schussanlagen
- Anfragen des Abg. Alois Beck
  - Landwirtschaftliches Leitbild
  - Berglandwirtschaft
- Anfragen des Abg. Hugo Quaderer
  - Stiftung Forschung Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Peter Lampert
  - Radio Liechtenstein
- Anfrage des Abg. Alexander Marxer
  - Kyoto-Protokoll
- Anfragen des Abg. Ivo Klein
  - Familienhilfe
  - Steuerrecht
  - Strassenverunreinigungen
  - Schlägereien an Veranstaltungen
  - Kontrollen LBA
- Anfragen des Stv. Abg. Peter Kranz
  - Krankenkassen - freiwillige Zusatzversicherung
  - Zusatzversicherung Prämienhöhe
- Anfragen des Abg. Paul Vogt
  - Elektronische Post in der Landesverwaltung
  - Kabinettsdirektor
  - Gutachten Verkehrsbericht
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters für den Beschwerdefall StGH 2004/21  
Dr.iur. Andreas Schurti, Rechtsanwalt, 9490 Vaduz, wird bestellt.
- Bestellung von zwei Ad-hoc-Richtern für den Beschwerdefall StGH 2004/22  
Lic.iur. Patrick Schürmann, Rechtsanwalt, 9490 Vaduz, und Dr.iur. Markus Wanger, Rechtsanwalt, 9490 Vaduz, werden bestellt.
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters für den Beschwerdefall StGH 2003/86  
Lic.iur. Philipp Wanger, Rechtsanwalt, 9494 Schaan, wird bestellt.
- Wahl der Landesgrundverkehrskommission  
Für die Mandatsdauer 2004 bis 2008 werden bestellt:  
Präsident: Dr. Marxer Benedikt, Oberbühl 54, 9487 Gamprin-Bendern  
Stellvertreter des Präsidenten: lic.iur. et lic.oec. Fehr Rudolf, Römerstrasse 2, 9485 Nendeln  
Mitglieder: Breitenbaumer Inge, Aeulegraben 20, 9495 Triesen  
Gassner Rainer, Sennwis 400, 9497 Triesenberg  
Marxer Oswald, Rinkenwingert 28, 9492 Eschen  
Walch Luzia, Im Bühl 7, 9498 Planken  
Ersatzmitglieder: Ritter Alfons, Dorfstrasse 291, 9491 Ruggell  
Wille Markus, Torkelgass 12, 9494 Schaan
- Wahl der Landesstaatskommission  
Für die Mandatsdauer 2004 bis 2008 werden bestellt:

### Öffentliche Landtagssitzung vom 16./17./18. Juni 2004

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17./18. Juni 2004



- Präsident: Dr. Gstöhl Christian, Gastelun 16, 9492 Eschen
- Vizepräsident: Kaiser Peter, Auf Berg 558, 9493 Mauren
- Mitglieder: Biedermann Xaver, Platta 49, 9488 Schellenberg  
Frick Mario, Lowal 55, 9496 Balzers  
Stock Elisabeth, Walchabündt 15a, 9492 Eschen
- Ersatzmitglieder: Gassner Arno, Rotenboden 113A, 9497 Triesenberg  
Greber Thomas, Josef-Rheinberger-Strasse 13, 9490 Vaduz  
Vogt Petra, Böngerta 37, 9496 Balzers
- Wahl des Verwaltungsrates der AHV/IV/FAK-Anstalten  
Für die Mandatsdauer 2004 bis 2008 werden bestellt:
- Präsident: Büchel Horst, Gschind 675, 9497 Triesenberg
- Mitglieder: Fehr Alice, Meierhofstrasse 85, 9495 Triesen  
Marxer Wolfgang, Oberstädtle 4, 9485 Nendeln  
Dr. Meier Dieter, Kappelstrasse 7, 9492 Eschen  
Nigg Angelika, Duxgass 45, 9494 Schaan  
Ospelt Werner, Bangarten 14, 9490 Vaduz  
Vogt Daniel, Zweistäpfle 6, 9496 Balzers
- Ersatzmitglieder: Falk David, Reberastrasse 45, 9494 Schaan  
Thöny Werner, Arnikaweg 11, 9490 Vaduz
- Wahl des Verwaltungsrates der Liechtensteinischen Kraftwerke  
Für die Mandatsdauer 2004 bis 2008 werden bestellt:
- Präsident: Dr. Ospelt Alexander, Saxweg 35, 9495 Triesen
- Mitglieder: Beck Franz-Josef, Aeulegraben 18, 9495 Triesen  
Davida-Morscher Judith, Im Malarsch 66, 9494 Schaan  
Matt Georg, Wingertgass 211, 9493 Mauren  
Meier-Eberle Anja, Gebhardstorkel 7, 9494 Schaan  
Müssner Hubert, Widagass 49, 9487 Gamprin-Bendern  
Wachter Walter, Bahnhofstrasse 14, 9494 Schaan
- Ersatzmitglieder: Beck Ivo, Haus Enzian, 9497 Triesenberg/Malbun  
Oehri Patrik, Auf der Egerta 44, 9498 Planken
- Subventionierung der Erweiterung des Theaters am Kirchplatz in Schaan (Nr. 53/2004)  
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt und der Gemeinde Schaan eine Subvention in Höhe von 50% der subventionsberechtigten Anlagekosten zugesprochen. Die Subventionshöhe beträgt maximal CHF 1 Mio.  
Für das Rechnungsjahr 2004 wird ein Nachtragskredit in Höhe von CHF 400 000 genehmigt.
- Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für 2005 (Nr. 57/2004)  
Der Staatsbeitrag an die Kosten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung der übrigen Versicherten für das Bemessungsjahr 2005 gemäss Art. 24a Abs. 2 KVG wird auf CHF 43 Mio. festgelegt.
- Rechenschaftsbericht Landtag, Regierung und Gerichte (Nr. 37/2004)  
Der Rechenschaftsbericht 2003 wird genehmigt und der Regierung, den Beamten und Angestellten Dank für die geleisteten Dienste ausgesprochen.
- Genehmigung der Landesrechnung für das Jahr 2003 (Nr. 46/2004)  
Die Landesrechnung wird genehmigt und dem Finanzbeschluss über die Zuweisung des Ertragsüberschusses von CHF 48 747 502.29 zu den übrigen Eigenmitteln zugestimmt.
- Justizpflegebericht Landgericht 2003 (Nr. 44/2004)  
Der Justizpflegebericht wird zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2003 der Liechtensteinischen Post AG (Nr. 40/2004)  
Der Geschäftsbericht und die Jahresrechnung 2003 werden zur Kenntnis genommen.
- Geschäftsbericht 2003 der Liechtensteinischen Landesbank AG (Nr. 42/2004)  
Der Geschäftsbericht 2003 wird zur Kenntnis genommen.
- Jahresbericht 2003 der AHV/IV/FAK-Anstalten (Nr. 48/2004)  
Der Jahresbericht 2003 wird zur Kenntnis genommen, die Verwaltungskostenrechnung 2003 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2003 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 49/2004)  
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung für 2003 genehmigt, dem Antrag des Verwaltungsrates über die Gewinnverwendung zugestimmt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2003 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 50/2004)  
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung für 2003 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
- Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2003 der Liechtenstein Bus Anstalt (Nr. 52/2004)  
Der Geschäftsbericht wird zur Kenntnis genommen, die Jahresrechnung 2003 genehmigt und den verantwortlichen Organen unter Verdankung der geleisteten Dienste Entlastung erteilt.
- Gesetz über die Finanzmarktaufsicht sowie Abänderung der Landesverfassung und der entsprechenden Spezialgesetze (Abänderungen des Bankengesetzes; des Gesetzes über die Tätigkeit von E-Geld-Instituten; des Gesetzes über die Ausführung von Überweisungen; des Finalitätsgesetzes; des Offenlegungsgesetzes; des Prospektgesetzes; des Gesetzes über Investmentunternehmen; des Postgesetzes; des Gesetzes über die Rechtsanwälte; des Gesetzes über die Treuhänder; des Gesetzes über die Wirtschaftsprüfer und Revisionsgesellschaften; des Gesetzes über die Patentanwälte; des Versicherungsaufsichtsgesetzes; des Sorgfaltspflichtgesetzes; des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge; des Gesetzes betreffend den Nachlassvertrag), (Nr. 56/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Datenschutzgesetzes (Nr. 29/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beitritt zur neuen Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) vom 12. Juni 2003 (Nr. 45/2004)

- Dem Beitritt auf Beginn des Studienjahres 2005/2006 wird zugestimmt.
- Kenntnisnahme der Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand: 30. Juni 2003)  
Die bereinigten Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
  - Vertrag vom 10. September 1996 über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT) (Nr. 24/2004)  
Dem Vertrag wird zugestimmt.
  - Übereinkommen vom 9. September 2002 über die Vorrechte und Immunitäten des Internationalen Strafgerichtshofs (Nr. 39/2004)  
Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
  - Beschluss Nr. 153/2003 vom 7.11.2003 zur Änderung der Anhänge XI (Telekommunikationsdienste) und XIV (Wettbewerb) und Beschluss Nr. 11/2004 vom 6.2.2004 zur Änderung des Anhangs II (Technische Vorschriften, Normen, Prüfung und Zertifizierung), des Anhangs X (Audiovisuelle Dienste) und des Anhangs XI (Telekommunikationsdienste) des EWR-Abkommens (Richtlinien 2002/77/EG, 2002/19/EG, 2002/20/EG, 2002/21/EG, 2002/22/EG), (Nr. 41/2004)  
Den Beschlüssen wird zugestimmt.
  - Information betreffend eine Machbarkeitsanalyse zu einem neuen strassenunabhängigen Verkehrsmittel sowie eine Entwicklungsstudie zu Tunnelumfahrungen (Verkehrsbericht), (Nr. 51/2004)  
Die Information wird zur Kenntnis genommen.
  - Abänderung des Gesetzes betreffend die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten (VRG), (Nr. 43/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
  - Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung einer Mutterschaftszulage (LGBl. 1982 Nr. 8), (Nr. 47/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
  - Abänderung des Tourismus-Gesetzes (Tourismus-Umlagen und Meldewesen), (Nr. 54/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
  - Bericht der liechtensteinischen Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) für das Jahr 2003  
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
  - Information des Landtagspräsidenten über ein Gespräch mit dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Peter Schieder  
Die Information wird zur Kenntnis genommen.
  - Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Öffentliche Landtagssitzung vom 15./16./17. September 2004**
- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 15./16./17. September 2004
  - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 12./13. Mai 2004  
Das Protokoll wird genehmigt.
  - Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 16./17./18. Juni 2004  
Das Protokoll wird genehmigt.
  - Petition pro Quotenregelung vom 10. September 2004  
Die Petition pro Quotenregelung vom 10. September 2004 wird behandelt und zur Kenntnis genommen.
  - Interpellation betreffend das Taggeld im Krankenversicherungswesen  
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
  - Vorprüfung der angemeldeten Volksinitiative vom 16. Juni 2004 auf Erlass eines Klimaschutzgesetzes (Nr. 79/2004)  
Der Vorprüfungsbericht der Regierung wird zur Kenntnis genommen sowie die angemeldete Gesetzesinitiative «Klimaschutzgesetz» für nichtig erklärt.
  - Interpellation betreffend die Bestimmungen des Strafgesetzbuches (Entkriminalisierung Schwangerschaftsabbruch)  
Die Interpellation wird an die Regierung weitergeleitet.
  - Abänderung des Gesetzes betreffend die Ausübung der politischen Volksrechte in Landesangelegenheiten (VRG), (Nr. 62/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
  - Anfragen des Abg. Ivo Klein
    - Ampelanlagen
    - OECD-Studie
  - Anfragen des Abg. Peter Sprenger
    - Auswirkungen neue Verfassung auf Staatsvertragsrecht
    - Venedig-Kommission
    - «Concluding Observations»
  - Anfragen des Abg. Paul Vogt
    - Marke Liechtenstein
    - Länderkürzel
    - Quotenregelung für Radio Liechtenstein
    - Leitplanken am Rheindamm
    - Hackschnitzelheizungen
  - Anfragen des Abg. Alois Beck
    - Behinderten-Gleichstellungsgesetz
    - Briefmarkenwesen
  - Anfragen des Abg. Rudolf Lampert
    - Ergänzungsleistungen AHV
    - Baustellen
  - Anfrage des Abg. Erich Sprenger
    - Briefmarkenwesen
  - Anfragen des Abg. Hugo Quaderer
    - Beantragung eines Visums
    - Schülerzahl an ausländischen Schulen
    - Überdachung beim Zivilstandsamt
  - Anfragen des Abg. Alexander Marxer
    - «Peer Reviews»
    - Arbeitslosenstatistik
  - Anfrage des Stv. Abg. Roland Büchel
    - Einrichtung eines Zukunftsbüros
  - Ersatzbestellung eines Ersatzmitglieds beim Verwaltungsrat des Liechtensteinischen Rundfunks  
Anstelle der zurückgetretenen Corina Beck, 9494 Schaan, wird Marion Kindler, Dorfstrasse 30, 9495 Triesen, für die restliche Mandatsperiode zum Ersatzmitglied bestellt.
  - Wahl des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht  
Bestellt werden:  
Vorsitzender: René H. Melliger, 9494 Schaan  
Stellvertretender  
Vorsitzender: Dr. Jochen Hadermann, 9495 Triesen  
Mitglieder: Dr. Hans Haumer, 9490 Vaduz  
Dr. Martin Batliner, 9492 Eschen
  - Bestellung eines Ad-hoc-Richters für die Verfahren StGH 2004/12 und StGH 2004/40  
Gewählt wird Dr. Ralph Wanger, Rechtsanwalt, Am Schrägen Weg 2, 9490 Vaduz
  - Verlängerung der Anstellungsverhältnisse zweier befristeter Landrichter-Stellen  
Der Landtag erteilt der Verlängerung der befristeten Anstellungsverhältnisse bis Ende 2005 der Landrichter lic.iur. Carlo Ranzoni, Bachweidstrasse 3b, CH-9011 St. Gallen, und Dr.iur.HSG Andrea Cantieni, Rosengartenweg 22, CH-7205 Igis, seine Zustimmung.
  - Genehmigung eines Ergänzungs- und Nachtragskredites für die historische Untersuchung von Fragen zur Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg (Nr. 61/2004)  
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt und der Ergänzungskredit in Höhe von CHF 617 000 und die Kreditüberschreitung für das Jahr 2004 in Höhe von CHF 406



000 für die historische Untersuchung von Fragen zur Rolle Liechtensteins im Zweiten Weltkrieg werden genehmigt.

- Bewilligung von Nachtragskrediten (III/2004), (Nr. 77/2004)

Die Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt. Der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt.

Konto-Nr.	Bezeichnung	CHF
090.506.06	Ausstattung Botschaften	50 000
120.310.03	Gerichtsbibliothek	15 000
205.362.01	Gehälter Lehrpersonen (Primarschulen)	33 000
400.363.00	Staatsbeitrag an Liechtensteinisches Landesspital	46 000
540.366.00	Jugendhilfe	17 000
560.366.01	Mietbeiträge (Amt für Wohnungswesen)	300 000
583.365.00	Subventionen an Familienhilfen der Gemeinden	80 000
600.500.01	Zentrumsplanung Schaan (Bodenerwerb)	2 537 000
650.366.00	Subvention von Elektrorollern und -fahrrädern	60 000
770.316.00	Bodenerwerb, Pacht und Entschädigung	168 000

#### Kreditüberschreitungen

- |            |  |         |
|------------|--|---------|
| 028.301.00 | Gehälter Hochbauamt                                | 16 000  |
| 030.307.03 | Frühzeitige Pensionierung                          | 64 000  |
| 112.301.00 | Gehälter Amt für<br>Finanzdienstleistungen         | 27 000  |
| 291.301.00 | Gehälter Berufsberatung                            | 25 000  |
| 580.301.00 | Gehälter Amt für Soziale Dienste                   | 30 000  |
| 581.362.00 | Förderung nach Art. 24 SHG                         | 115 000 |
| 600.314.06 | Winterdienst                                       | 200 000 |
| 600.506.00 | Maschinen/Fahrzeuge<br>Strassen- und Rufeunterhalt | 20 000  |
| 840.365.00 | Beiträge für Wirtschaftsförderung                  | 565 000 |
- Jahresbericht 2003 der Delegation für die Parlamentarier-Kommission Bodensee  
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
  - Jahresbericht 2003 der Delegation bei der Interparlamentarischen Union (IPU)  
Der Jahresbericht wird zur Kenntnis genommen.
  - Abänderung des Gesetzes über die Ausrichtung einer Mutterschaftszulage (LGBl. 1982 Nr. 8), (Nr. 47/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
  - Abänderung des Tourismus-Gesetzes vom 15. Juni 2000 (LGBl. 2000 Nr. 166), (Tourismus-Umlagen und Meldewesen) und Finanzbeschluss (Nr. 75/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.  
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
  - Gesetz betreffend die Abänderung der Strafprozessordnung (StPO), (Opferschutz), (Nr. 73/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
  - Beschlüsse Nr. 15/2004 und Nr. 44/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE) sowie die Richtlinie 2003/72/EG des Rates vom 22. Juli 2003 zur Ergänzung des Statuts der Europäischen Genossenschaft hinsichtlich der Beteiligung der Arbeitnehmer), (Nr. 60/2004)  
Den Beschlüssen wird zugestimmt.
  - Beschluss Nr. 104/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2002/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2002 über die zusätzliche Beaufsichtigung der Kreditinstitute, Versiche-

rungsunternehmen und Wertpapierfirmen eines Finanzkonglomerats und zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG, 79/267/EWG, 92/49 EWG, 92/96/EWG, 93/6/EWG und 93/22/EWG des Rates und der Richtlinien 98/78/EG und 2000/12/EG des Europäischen Parlaments und des Rates [Finanzkonglomeratsrichtlinie]), (Nr. 65/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.

- Beschluss Nr. 79/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates vom 20. Januar 2004 über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen), (Nr. 67/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 56/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2003/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Juli 2003 zur Änderung der Richtlinie 68/151/EWG des Rates in Bezug auf die Offenlegungspflichten von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen), (Nr. 70/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Information betreffend die Grundsatzklärung vom 24. August 2004 zur nationalen Telekommunikationspolitik im Bereich der Mobilfunk-Telefonie (Konsolidierung und Wettbewerbsfähigkeit), (Nr. 55/2004)  
Die Information wird zur Kenntnis genommen.
- Abänderung des Bankengesetzes und des Investmentunternehmensgesetzes (Umsetzung der Richtlinie 2000/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. November 2000 zur Abänderung der Richtlinien 85/611/EWG, 92/49/EWG, 92/96/EWG und 93/22/EWG des Rates im Hinblick auf den Informationsaustausch mit Drittländern), (Nr. 58/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes vom 21. Oktober 1992 über die Banken und Finanzgesellschaften (Bankengesetz), Abänderung des Gesetzes vom 6. Dezember 1995 betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz) sowie Abänderung des Gesetzes vom 17. Juli 1973 über das Konkursverfahren (Konkursordnung), (Nr. 71/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Gesetz über die Hochschule Liechtenstein und die Abänderung des Beschwerdekommissionengesetzes (Nr. 63/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Totalrevision des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG), (Nr. 64/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), (Nr. 66/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Gesetz über die Mediation in Zivilrechtssachen sowie Abänderung der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Vermittleramtsgesetzes sowie des Gewerbegesetzes (Nr. 68/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Sachenrechts vom 31. Dezember 1922 (SR) und des Personen- und Gesellschaftsrechts vom 20. Januar 1926 (PGR), (Nr. 69/2004), 1. und 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz) (Nr. 59/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und anderen internationalen Gerichten (ZIGG), (Nr. 72/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Telekommunikationsgesetzes (TelG), (Nr. 74/2004), 1. Lesung

- Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

### Öffentliche Landtagssitzung vom 20./21. Oktober 2004

- Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21. Oktober 2004
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters für das Verfahren StGH 2004/11  
Gewählt wird Dr. Robert Beck, Rechtsanwalt, Landstrasse 11, 9495 Triesen
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters für das Verfahren StGH 2004/41  
Gewählt wird lic.iur. Nicole Kaiser, Rechtsanwältin, Altenbach 8, 9490 Vaduz
- Bestellung eines Ad-hoc-Richters für das Verfahren StGH 2004/57  
Gewählt wird lic.iur. et rer.pol. Pius Heeb, Rechtsanwalt, Lova Center, 9490 Vaduz
- Finanzbeschluss betreffend die International School Rheintal (Nr. 88/2004)  
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt und der Nachtragskredit in der Höhe von CHF 210 000 genehmigt.
- Bewilligung von Nachtragskrediten (IV/2004), (Nr. 92/2004)  
Folgende Nachtragskredite und Kreditüberschreitung werden genehmigt und der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt:

Konto-Nr.	Bezeichnung	CHF
090.506.08	Anpassungen FMA-Gebäude	200 000
100.310.00	Kanzleiausgaben (Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt)	15 000
100.310.01	Publikationskosten (Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt)	400 000
<i>Kreditüberschreitung</i>		
120.318.01	Zeugengebühren	25 000
- Gesetz über die staatlichen Ausbildungsbeihilfen (Stipendiengesetz; StipG), (Nr. 81/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Anfrage des Abg. Walter Hartmann
  - BNP Paribas Private Bank
- Anfrage des Abg. Peter Sprenger
  - Finanzmarktaufsicht
- Anfrage des Abg. Johannes Kaiser
  - Besserstellung der Teilzeitbeschäftigten
- Anfrage des Abg. Helmut Bühler
  - Holzschnitzelheizungen
- Anfrage der Abg. Dorothee Laternser
  - Arbeitslosenbetreuung und -vermittlung
- Anfrage des Abg. Ivo Klein
  - Krankenversicherungsgesetz
- Anfragen des Abg. Erich Sprenger
  - Amtshaftung
  - Ampelanlage beim Tunnel Gnalp-Steg
- Anfrage des Abg. Alois Beck
  - Lehrstellensituation
- Anfrage des Abg. Peter Lampert
  - Rheindamm
- Anfragen des Abg. Alexander Marxer
  - Luftverschmutzung
  - Strassenbauplanung
- Anfrage des Abg. Walter Vogt
  - Abbruchverfügungen
- Anfragen des Abg. Paul Vogt
  - FL-Logo
  - Akteneinsicht
  - Medienförderung / Presseförderung
  - Entlassene Kindergärtnerin
- Anfrage des Abg. Marco Ospelt

- Krankenversicherungsgesetz, freiwillige Versicherung
- Anfrage des Stv. Abg. Christian Brunhart
  - Rechnungsstellung in der Landesverwaltung
- Anfrage der Abg. Renate Wohlwend
  - Bewährungshilfe
- Abänderung des Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues und Abänderung des Beschwerdekommmissionsgesetzes (Nr. 78/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Bankengesetzes und des Investmentunternehmensgesetzes (Umsetzung der Richtlinie 2000/64/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. November 2000 zur Abänderung der Richtlinien 85/611/EWG, 92/49/EWG, 92/96/EWG und 93/22 EWG des Rates im Hinblick auf den Informationsaustausch mit Drittländern), (Nr. 58/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG), (Nr. 66/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof und anderen internationalen Gerichten (ZIGG), (Nr. 72/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Telekommunikationsgesetzes (Nr. 74/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Wahl des Staatsgerichtshofes  
Bestellt werden für die Mandatsperiode 1.1.2005 bis 31.12.2009:

Richter:	lic.iur. Marzell Beck, Pradafant 1, 9490 Vaduz Univ.Doiz. Dr. Klaus Berchtold, Bräunerstrasse 4, A-1010 Wien Dr. Hilmar Hoch, Rechtsanwalt, Am Bach 16, 9495 Triesen lic.iur. HSG Siegbert Lampert, Litzli 887, 9497 Triesenberg Univ.Prof. Dr. Klaus Vallender, Unterbach 429, CH-9042 Trogen
Ersatzrichter:	Univ.Prof. Dr. Bernhard Ehrenzeller, Tannenstrasse 21, CH-9000 St. Gallen Univ.Prof. DDr. Christoph Grabenwarter, Dr. Eckener Strasse 3A, A-8043 Graz Dr. Peter Nägele, Landstrasse 152, 9495 Triesen Dr. Ralph Wanger, Planknerstrasse 24, 9494 Schaan
- Wahl eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der Finanzmarktaufsicht  
Bestellt wird Dr. oec. HSG Stefan Jaeger, Speicherstrasse 36, CH-9053 Teufen.
- Protokoll von Kyoto vom 11. Dezember 1997 zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen vom 9. Mai 1992 (Nr. 76/2004)  
Dem Protokoll wird die Zustimmung erteilt.
- Beschluss Nr. 110/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2001/29/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Mai 2001 zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft), (Nr. 80/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Stockholmer Übereinkommen vom 22. Mai 2001 über



- persistente organische Schadstoffe (Nr. 83/2004)  
Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
- Übereinkommen über das auf die Anerkennung von Trusts anzuwendende Recht (Haager Trust-Übereinkommen; «HTÜ») vom 1. Juli 1985 (Nr. 84/2004)  
Dem Übereinkommen wird zugestimmt.
  - Beschluss Nr. 99/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2002/98/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Januar 2003 zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen und zur Änderung der Richtlinie 2001/83/EG), (Nr. 90/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
  - Entwicklungsstand und Personalplanung der Landespolizei 2004 (Nr. 85/2004)  
Der Bericht betreffend den Entwicklungsstand und die Personalplanung der Landespolizei 2004 wird zur Kenntnis genommen und für das Jahr 2005 werden 6 Stellen bewilligt.
  - Gesetz über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen (Fern-Finanzdienstleistungs-Gesetz; FernFinG), Abänderung des Fernabsatzgesetzes; Abänderung des Konsumentenschutzgesetzes; Abänderung des Versicherungsvertragsgesetzes (Nr. 86/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
  - Gesetz über den Versicherungsschutz der Gebäude gegen Feuer- und Elementarschäden (Gebäudeversicherungsgesetz; GVERSG) sowie Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (FMAG), (Nr. 91/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
  - Mediengesetz sowie die Abänderung weiterer Gesetze (Gesetz über den Liechtensteinischen Rundfunk, Gesetz betreffend die Errichtung einer Liechtensteinischen Landesbibliothek, Gesetz über die Information der Bevölkerung (Informationsgesetz), Gesetz über den elektronischen Geschäftsverkehr), (Nr. 82/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
  - Abänderung des Gesetzes über den Weinbau (Nr. 87/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
  - Gesetz über die Notifikation von Normen und technischen Vorschriften (EWR-Notifikationsgesetz; EWR-NotifG), (Nr. 89/2004), 1. Lesung  
Die Behandlung dieser Gesetzesvorlage wird auf den November-Landtag verschoben.
  - Beantwortung Kleine Anfragen
- Öffentliche Landtagssitzung vom 24./25./26. November 2004**
- Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Landtagssitzung vom 15./16./17. September 2004  
Das Protokoll wird genehmigt.
  - Eröffnung der öffentlichen Landtagssitzung vom 24./25./26. November 2004
  - Motion betreffend die Ergänzung des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge vom 22. Oktober 2004 der Abgeordneten Ingrid Hassler-Gerner, Walter Vogt, Peter Sprenger, Erich Sprenger, Ivo Klein, Peter Wolff, Hugo Quaderer, Walter Hartmann, Dorothee Laternser, Donath Oehri und Alexander Marxer  
Die Motion wird mit einer Änderung an die Regierung überwiesen.
  - Interpellationsbeantwortung betreffend das Taggeld im Krankenversicherungswesen (Nr. 120/2004)  
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
  - Nachtragskredite (V/2004), (Nr. 117/2004)  
Die Nachtragskredite werden genehmigt. Der Finanzbeschluss wird als dringlich erklärt.
- | <i>Konto-Nr.</i> | <i>Bezeichnung</i>   | <i>CHF</i> |
|------------------|--|------------|
| 470.318.04       | Seuchenbekämpfung (Amt für Lebensmittelkontrolle und Veterinärwesen) | 40 000     |
| 520.365.02       | Landesbeitrag Krankenkassenverband                                   | 33 000     |
| 540.366.00       | Jugendhilfe  | 160 000    |
| 560.520.01       | Darlehen Wohnbau-Förderung   | 1 500 000  |
| 560.366.00       | Bausubventionen (Amt für Wohnungswesen)                              | 400 000    |
| 811.362.12       | Walderschliessung  | 115 000    |
- Landesbeitrag an die Geschäftsstelle der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA (Nr. 97/2004)  
Dem Finanzbeschluss betreffend die Gewährung eines Landesbeitrages für die Jahre 2005, 2006 und 2007 an die Geschäftsstelle der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA wird zugestimmt.
  - Staatsbeitrag an die Fachhochschule Liechtenstein (FHL) für die Jahre 2005 bis 2009 (Nr. 102/2004)  
Dem Finanzbeschluss betreffend die Gewährung eines Staatsbeitrages an die Fachhochschule Liechtenstein (FHL) für die Jahre 2005 bis 2009 wird zugestimmt.
  - Anfragen des Abg. Ivo Klein
    - LTN
    - Letzetunnel
    - Zukunft Finanzplatz Liechtenstein
  - Anfragen des Abg. Helmut Bühler
    - Bau des Schulzentrums Unterland in Ruggell
    - Radweg nach Eschen
    - Schwarzes Strässle
  - Anfrage des Abg. Walter Vogt
    - FL-Logo blau/rot oder aubergine
  - Anfrage des Abg. Walter Hartmann
    - Wildfütterung
  - Anfrage des Abg. Wendelin Lampert
    - Krankenkassenprämien
  - Anfrage des Abg. Elmar Kindle
    - Mobilfunk
  - Anfrage des Abg. Alexander Marxer
    - Stickoxydgrenzwertüberschreitungen
  - Anfrage des Abg. Peter Lampert
    - Preisanschrift
  - Anfrage der Abg. Ingrid Hassler-Gerner
    - Pensionskassen
  - Anfrage der Stv. Abg. Monica Bereiter-Amann
    - Krankenkasse / Ärzteliste
  - Anfrage des Abg. Marco Ospelt
    - Zusatzversicherung
  - Anfrage des Abg. Alois Beck
    - Schülerbeurteilung
  - Anfragen der Stv. Abg. Christel Hilti-Kaufmann
    - Begünstigung von Motorfahrzeugen mit Dieselpartikelfiltern
    - Vaduzer Riet
    - Stabsstelle für Zukunftsfragen
    - Broschüre Mobilfunk in Liechtenstein
  - Anfragen des Abg. Hugo Quaderer
    - Projekt «Liechtensteinisches Minenräumgerät»
    - Berichte und Anträge im Internet
  - Verwaltungskostenvoranschlag 2005 der AHV/IV/FAK-Anstalten (Nr. 114/2004)  
Der Verwaltungskostenvoranschlag 2005 wird genehmigt.
  - Voranschlag 2005 der Liechtensteinischen Gasversorgung (Nr. 109/2004)  
Der Voranschlag 2005 sowie die Sonderinvestitionen werden genehmigt.
  - Voranschlag 2005 der Liechtensteinischen Kraftwerke (Nr. 115/2004)  
Der Voranschlag 2005 wird genehmigt.

- Voranschlag 2005 der Liechtenstein Bus Anstalt (LBA), (Nr. 111/2004)  
Der Voranschlag 2005 wird genehmigt.
- Voranschlag 2005 des Liechtensteinischen Rundfunks (LRF), (Nr. 113/2004)  
Der Voranschlag 2005 wird genehmigt.
- Bestand und Bedarf an Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat (Stellenplan 2004/2005), (Nr. 99/2004)  
Der Schaffung von 4,25 Stellen bei der Regierung, der Landesverwaltung, den Gerichten und dem Landtagssekretariat wird zugestimmt und die Zuweisung gemäss Stellenplan 2004/2005 zur Kenntnis genommen.  
Der Gesamtbestand von 716,5 ständigen Stellen bei der Landesverwaltung und 25,60 Stellen bei den selbstständigen Stiftungen des öffentlichen Rechts per 1.1.2005 wird festgelegt sowie der Schaffung von 0,20 Ausgleichsstellen zugestimmt.
- Bestand und Bedarf an Stellen an den liechtensteinischen Schulen (Stellenplan 2005/2006), (Nr. 93/2004)  
Die Schaffung von insgesamt 9,59 ständigen Stellen wird bewilligt.
- Strassenbauprogramm 2005 (Nr. 98/2004)  
Dem Antrag der Regierung wird zugestimmt; die Kredite für Strassenverbesserungen und Strassenneubauten in Höhe von CHF 7 Mio. und CHF 400 000 für notwendigen vorsorglichen Bodenerwerb für Strassenverbesserungen und Strassenneubauten werden genehmigt.
- Bericht zur mittelfristigen Planung staatlicher Bauten und Anlagen (Nr. 110/2004)  
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Bericht zur Finanzplanung 2005 bis 2009 (Nr. 118/2004)  
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.
- Landesvoranschlag und Finanzgesetz für das Jahr 2005 (Nr. 95/2004)  
Der Landesvoranschlag wird mit einer Änderung genehmigt.  
Das Finanzgesetz für das Jahr 2005 wird in 1. und 2. Lesung beraten, verabschiedet und als dringlich erklärt.
- Neuregelung des Hochschulwesens (Hochschulgesetz; HSG), (Nr. 101/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz), (Nr. 108/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über die Hochschule Liechtenstein und die Abänderung des Beschwerdekommissionengesetzes (Nr. 100/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Sorgfaltspflichtgesetzes (SPG), (Nr. 103/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und mit Änderungen verabschiedet.
- Abänderung des Gesetzes über die Banken und Finanzgesellschaften (Bankengesetz), Abänderung des Gesetzes betreffend die Aufsicht über Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz) sowie Abänderung des Gesetzes über das Konkursverfahren (Konkursordnung), (Nr. 112/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Schaffung eines Gesetzes über den Versicherungsschutz der Gebäude gegen Feuer und Elementarschäden (Gebäudeversicherungsgesetz; GVersG) sowie Abänderung des Finanzmarktaufsichtsgesetzes (Nr. 116/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Beschluss Nr. 130/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des EG-Vertrages niedergelegten Wettbewerbsregeln), (Nr. 31/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 106/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2002/47/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juni 2002 über Finanzsicherheiten [Finanzsicherheitenrichtlinie]), (Nr. 104/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschlüsse Nr. 38/2004 und Nr. 103/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Januar 2003 über Insider-Geschäfte und Marktmanipulation (Marktmissbrauch); Richtlinie 2003/124/EG der Kommission vom 22. Dezember 2003 zur Durchführung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates in Bezug auf die sachgerechte Darbietung von Anlageempfehlungen und die Offenlegung von Interessenkonflikten; Verordnung (EG) Nr. 2273/2003 der Kommission vom 22. Dezember 2003 zur Durchführung der Richtlinie 2003/6/EG des Europäischen Parlaments und des Rates – Ausnahmeregelungen für Rückkaufprogramme und Kursstabilisierungsmassnahmen), (Nr. 105/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Beschluss Nr. 73/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 betreffend den Prospekt, der beim öffentlichen Angebot von Wertpapieren oder bei deren Zulassung zum Handel zu veröffentlichten ist, und zur Änderung der Richtlinie 2001/34/EG [Prospektrichtlinie]), (Nr. 106/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
- Protokoll vom 15. Mai 2003 zur Änderung des Europäischen Übereinkommens vom 27. Januar 1977 zur Bekämpfung des Terrorismus (Nr. 119/2004)  
Dem Protokoll wird zugestimmt.
- Kenntnisnahme der Anlagen I und II zum Zollvertrag (Stand: 31. Dezember 2003); [Schreiben der Regierung vom 19.10.2004, RA 2004/2635-0102]  
Die Anlagen I und II zum Zollvertrag werden zur Kenntnis genommen.
- Landwirtschaftliches Leitbild 2004 (Nr. 94/2004)  
Das Landwirtschaftliche Leitbild 2004 wird zur Kenntnis genommen.
- Schaffung eines Gesetzes über die Notifikation von Normen und technischen Vorschriften (EWR-Notifikationsgesetz; EWR-NotifG), (Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 zur Änderung der Richtlinie 98/34/EG über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften), (Nr. 89/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Beantwortung der Kleinen Anfragen

### Öffentliche Landtagssitzung vom 15./16./17. Dezember 2004

- Protokoll der öffentlichen Landtagssitzung vom 20./21. Oktober 2004





- Das Protokoll wird genehmigt.
- Initiative zur Abänderung des Ärztegesetzes vom 25. November 2004 der Abgeordneten Marco Ospelt und Dorothee Laternser  
Die Initiative wird in 1. Lesung beraten und zur Abänderung an die Regierung überwiesen.
  - Interpellationsbeantwortung der Regierung an den Landtag betreffend die Bestimmungen des Strafgesetzbuches (Entkriminalisierung Schwangerschaftsabbruch), (Nr. 121/2004)  
Die Interpellationsbeantwortung wird zur Kenntnis genommen.
  - Schaffung einer Kommission für Chancengleichheit und die Erweiterung der Stabsstelle Gleichstellungsbüro zur Stabsstelle für Chancengleichheit sowie Beantwortung des Postulates vom 22. März 2004 zur Schaffung einer Kommission für Integrationsfragen und einer Stelle für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (Nr. 122/2004)  
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen, der Erweiterung der Stabsstelle Gleichstellungsbüro zur Stabsstelle für Chancengleichheit die Zustimmung erteilt und das Postulat vom 22. März 2004 zur Schaffung einer Kommission für Integrationsfragen und einer Stelle für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern abgeschrieben.
  - Wahl von Landrichtern  
S.D. dem Erbprinzen werden in Vorschlag gebracht:
    - Lic.iur. Carlo Ranzoni, Landrichter, CH-9014 St. Gallen (mit Wirkung ab 1. Januar 2006)
    - Dr. Thomas Schmid, Landrichter, A-6800 Feldkirch (mit Wirkung ab 1. Mai 2005)
  - Finanzbeschluss über die Beteiligung des Landes an den Weiterbildungsaktivitäten der Gewerbe- und Wirtschaftskammer (Nr. 96/2004)  
Dem Finanzbeschluss wird zugestimmt.
  - Anfrage des Abg. Helmut Bühler
    - Krankenkassen-Zusatzversicherung
  - Anfragen des Abg. Ivo Klein
    - Zusatzversicherung der Krankenkassen für Studenten
    - Stiftung Image Liechtenstein
    - Broschüren und Logos im Auftrag der Verwaltung
  - Anfragen der Abg. Dorothee Laternser
    - Spots des Landes im Radio Liechtenstein
    - Neuregelung Verhältnis Staat und Kirche
  - Anfragen des Abg. Peter Sprenger
    - Durchsetzung des Wildfütterungsverbots
    - Personelle Überlastung beim Grundbuch- und Öffentlichkeitsregisteramt
    - Venedig-Kommission
  - Anfrage des Abg. Hugo Quaderer
    - Realschule St. Elisabeth
  - Anfragen des Abg. Wendelin Lampert
    - Pisa-Studie
    - Kosten im Gesundheitswesen
  - Anfrage des Abg. Alexander Marxer
    - Informationsseminar Mobilfunk
  - Anfrage des Abg. Alois Beck
    - Wirtschaftliche Entwicklung der Berglandwirtschaft
  - Anfragen des Abg. Jürgen Zech
    - Wirtschaftsleitbild der Regierung
    - Neuorganisation der Geschäftsbeziehungen zwischen den Liechtensteinischen Kraftwerken und der LTN Liechtenstein TeleNet AG
  - Anfragen des Abg. Paul Vogt
    - Künftiges Verkehrsmittel
    - Besoldung der Lehrerinnen und Lehrer
    - Promille-Grenze
    - Autoversicherungsprämien für Osteuropäer
    - Neuorganisation der Postwertzeichenstelle
  - Verpflichtungskredit für die Durchführung der Jubiläumsfeierlichkeiten «200 Jahre Souveränität Fürstentum Liechtenstein 1806 bis 2006» (Nr. 123/2004)  
Der Verpflichtungskredit von CHF 3 250 000 wird genehmigt.
  - Bewilligung von Nachtragskrediten (VI/2004), (Nr. 135/2004)  
Folgende Nachtragskredite und Kreditüberschreitungen werden genehmigt und der Finanzbeschluss als dringlich erklärt:
 

<i>Konto-Nr.</i>	<i>Bezeichnung</i>	<i>CHF</i>
020.319.01	Amtshaftungen	600 000
090.506.08	Anpassungen FMA-Gebäude	150 000
320.315.00	Betrieb und Ausbau Landeskanal	37 000
<i>Kreditüberschreitungen</i>		
020.319.01	Amtshaftungen	118 000
470.318.04	Seuchenbekämpfung	85 000
580.301.00	Gehälter Amt für Soziale Dienste	33 000
840.301.00	Gehälter Amt für Volkswirtschaft	16 000
840.318.02	Gebühren für	
	Internat. Markeneintragungen	70 000
941.318.00	Bankspesen,	
	Vermögensverwaltungskosten	1 150 000
  - Voranschlag 2005 der Finanzmarktaufsicht (FMA), (Nr. 136/2004)  
Der Voranschlag 2005 mit einem Landesbeitrag von CHF 4'090'000 (Konto 112.363.00) wird genehmigt.
  - Ausrichtung eines Sonderbeitrages von 2.5% der versicherten Besoldungen des Staatspersonals an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal pro 2004 (Nr. 134/2004)  
Der Kredit betreffend den Sonderbeitrag von 2.5% der versicherten Besoldungen des Staatspersonals an die Pensionsversicherung für das Staatspersonal pro 2004 wird bewilligt.
  - Stand der Bearbeitung von Motionen, Postulaten und Interpellationen  
Der Bericht wird zur Kenntnis genommen und dem Antrag auf Aufrechterhaltung der in den Ziffern 1 und 2 der Liste aufgeführten parlamentarischen Eingänge zugestimmt.
  - Schaffung eines Gesetzes über die Mediation in Zivilrechtsachen sowie die Abänderung der Zivilprozessordnung, der Strafprozessordnung, des Vermittleramtsgesetzes sowie des Gewerbegesetzes (Nr. 131/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 2. Lesung beraten und verabschiedet.  
Die Motion vom 18.12.1998 betreffend die Einführung des Instituts der Mediation (Ehe- und Familienrecht) wird abgeschrieben.
  - Schaffung eines Gesetzes über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen (Fern-Finanzdienstleistungsgesetz; FernFinG), (Nr. 133/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
  - Abänderung des Gesetzes betreffend den Weinbau (Nr. 130/2004), 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 2. Lesung beraten und verabschiedet.
  - Beschluss Nr. 112/2004 des Gemeinsamen EWR-Ausschusses (Richtlinie 2002/73/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 zur Änderung der Richtlinie 76/206/EWG zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen hinsichtlich des Zugangs zur Beschäftigung, zur Berufsbildung und zum beruflichen Aufstieg sowie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen), (Nr. 107/2004)  
Dem Beschluss wird zugestimmt.
  - Protokoll Nr. 4 und Protokoll Nr. 7 zur Europäischen Menschenrechtskonvention (Nr. 126/2004)  
Den Protokollen wird zugestimmt.

- Fakultativprotokoll vom 25. Mai 2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten (Nr. 127/2004)  
Dem Fakultativprotokoll sowie der Erklärung der Regierung zu Art. 3 Abs. 2 wird zugestimmt.
- Schaffung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie im Telekommunikationssektor (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen im Bereich der Sektoren, ÖAWSG) und die Abänderung des Beschwerdekommis-sionsgesetzes (Nr. 125/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge (Gesetz über das Öffentliche Auftragswesen, ÖAWG) und die Abänderung des Beschwerdekommis-sionsgesetzes (Nr. 124/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. Lesung beraten.
- Abänderung des Stipendiengesetzes (Nr. 128/2004), 1. und 2. Lesung  
Die Gesetzesvorlagen werden in 1. und 2. Lesung beraten und verabschiedet.
- Totalrevision des Gesetzes über Investmentunternehmen (Nr. 129/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Neufassung des Vermessungsgesetzes (Nr. 132/2004), 1. Lesung  
Die Gesetzesvorlage wird in 1. Lesung beraten.
- Wahl der Beschwerdekommis-sion der Finanzmarktaufsicht  
Für die Mandatsperiode 1.1.2005 bis 31.12.2009 werden bestellt:  
Präsident: Dr. Stefan Wenaweser, Im Pardiel 16, 9494 Schaan  
Vizepräsident: Dr. Susanne Zwiefelhofer, Fürst-Franz-Josefstrasse 64, 9490 Vaduz  
Mitglied: Roswitha Schafhauser-Küchler, Essanestrasse 93, 9492 Eschen  
Ersatzmitglied: Margot Kranz, Baumgasse 17, 9492 Eschen  
Ein Mitglied vakant.
- Information betreffend Modalitäten des Dialogs mit dem Europarat  
Die Information des Landtagspräsidenten wird zur Kenntnis genommen.
- Information der Regierung zur Phase II des Protokolls betreffend den freien Personenverkehr zwischen der Schweiz und Liechtenstein (Vaduzer Konvention)  
Die Information der Regierung wird zur Kenntnis genommen.
- Wahl des Landesausschusses  
Neben dem gemäss Verfassung dem Landesausschuss vorstehenden Landtagspräsidenten Klaus Wanger werden gewählt:  
Abg. Ingrid Hassler-Gerner  
Abg. Elmar Kindle  
Abg. Rudolf Lampert  
Abg. Dorothee Laternser
- Beantwortung der Kleinen Anfragen
- Schliessung des Landtages

## Finanzkontrolle

### Amtsleiterin: Cornelia Lang

*Schwerpunkte der Tätigkeit der per 1. Januar 2004 verselbständigten Finanzkontrolle sind die Umsetzung des Revisionsprogramms, die Ausübung der internen Finanzaufsicht sowie die Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags.*

### Verselbständigung der Finanzkontrolle

Um die Bedeutung einer eigenständigen Finanzaufsicht zu unterstreichen, wurde die Finanzkontrolle per 1. Januar 2004 verselbständigt.

Die Finanzkontrolle verfügt über 2.4 Stellen.

### Gesetzlicher Auftrag

Gemäss Finanzhaushaltsgesetz obliegt die Finanzaufsicht der Regierung, insbesondere dem nach der Geschäftsordnung zuständigen Regierungsmitglied, der Finanzkontrolle sowie der externen Revisionsstelle. Die oberste Aufsicht über die Finanzen wird durch den Landtag ausgeübt.

Als ständiges Organ der Finanzaufsicht unterstützt die Finanzkontrolle sowohl vorrangig den Landtag bzw. die Geschäftsprüfungskommission bei der Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Geschäftsführung von Regierung und Verwaltung, unter Einschluss der Justizverwaltung, als auch die Regierung bei der Ausübung ihrer Aufsichtsfunktionen.

Die Finanzkontrolle übt ihre Tätigkeit im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften selbständig und unabhängig aus.

Das Revisionsprogramm wird von der Finanzkontrolle, nach Rücksprache mit der externen Revisionsstelle, selber festgelegt. Nach Genehmigung durch die Geschäftsprüfungskommission bringt die Finanzkontrolle das Revisionsprogramm der Regierung zur Kenntnis.

Die Aufsicht wird von der Finanzkontrolle nach den Kriterien Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit durchgeführt.

Die Aufgaben der beiden Revisionsorgane, Finanzkontrolle und externe Revisionsstelle, beinhalten die Umsetzung des von der Geschäftsprüfungskommission genehmigten Revisionsprogramms, die Prüfung der internen Kontrollsysteme und die Vornahme von Systemprüfungen. Explizite Aufgabe der externen Revisionsstelle ist die Prüfung der Landesrechnung.

## Umsetzung des Prüfauftrages

### Revisionsprogramm

Das von Regierung und Geschäftsprüfungskommission genehmigte Revisionsprogramm, welches aufgrund der Kriterien der Wesentlichkeit und Risikoorientierung festgelegt wurde, bildet die Basis für die von der Finanzkontrolle und der externen Revisionsstelle durchzuführenden Prüfungen. Die Finanzkontrolle prüft in Umsetzung des Revisionsprogramms rechnungslegende Dienststellen, selbständige und unselbständige öffentlich-rechtliche Stiftungen und Anstalten, Amtsstellen sowie einzelne Positionen der Landesrechnung. Aufgrund von Konkordatsvereinbarungen nimmt die Finanzkontrolle auch Revisionsstellenmandate im Ausland wahr. Als Revisionsorgan prüft sie die Mittelverwendung im Rahmen von EU-Programmen, welche im Inland

stattfinden. Im Auftrag der Geschäftsprüfungskommission und der Regierung führt die Finanzkontrolle zudem Sonderaufträge durch.

#### **Informatik-Revisionen**

Wesentliche Informatikprojekte in der Landesverwaltung werden einer Informatik-Revision durch eine in diesem Bereich spezialisierte externe Prüfungsgesellschaft unterzogen, wobei die ordnungsgemässe Projektabwicklung, die technische Umsetzung, der Umgang mit Risiken etc. überprüft wird. Die Finanzkontrolle koordiniert diese Informatik-Revisionen und begleitet die Prüfungen aus revisionstechnischer Sicht.

#### **Interne Finanzaufsicht**

Im Bereich der internen Finanzaufsicht nimmt die Finanzkontrolle Rechnungs- und Kreditkontrollen vor, verifiziert Bauabrechnungen, prüft die finanzielle Einhaltung von Vorgaben in Regierungsanweisungen und kontrolliert durch unangemeldete Prüfungen die Geldbestände von rechnungslegenden Dienststellen, Stiftungen und Schulen.

#### **Zusammenarbeit mit der Geschäftsprüfungskommission**

Mit der Geschäftsprüfungskommission des Landtags – als oberstem Organ der Finanzaufsicht - besteht eine intensive Zusammenarbeit. Die Finanzkontrolle informiert an den Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission direkt über ihre Prüfungstätigkeiten. Notwendige Massnahmen werden diskutiert und im Einvernehmen mit der Kommission veranlasst. Die Geschäftsprüfungskommission ihrerseits wird bei der Wahrnehmung der Oberaufsicht über die Geschäftsführung von Regierung und Verwaltung von der Finanzkontrolle wirkungsvoll unterstützt.

#### **Mitgliedschaften**

Die Finanzkontrolle ist sowohl Mitglied der «Fachvereinigung der Finanzkontrollen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein» als auch Mitglied der Internationalen und Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI und EUROSAI). Im Rahmen dieser Mitgliedschaften werden Erfahrungen über Prüfungsansätze und Prüfungsmethoden ausgetauscht sowie qualitätssichernde Massnahmen im Revisionsbereich diskutiert.

